

Abschlussshow im Fall Oury Jalloh?

junge Welt, 17.08.2016, von Susan Bonath

Staatsanwalt will Feuertod im Polizeirevier Dessau nachstellen lassen



Foto: dpa

Wie konnte Oury Jalloh gefesselt in einer Zelle im Polizeirevier Dessau verbrennen? Kurt Zollinger vom Forensischen Institut Zürich soll das Geschehen vom 7. Januar 2005 am Donnerstag im Institut für Brand- und Löschforschung Sachsen in Dippoldiswalde im Auftrag der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau nachstellen. Sogar die Presse hat Verfahrensführer Olaf Braun dazu eingeladen. Was steckt hinter der plötzlichen »Transparenzoffensive« der Ermittlungsbehörde, die jW-Anfragen seit Jahren abweisend oder gar nicht beantwortet, so auch die jüngste vom 12. August?

Die Rechtsbeistände der Opferfamilie halten den Vorstoß für eine »Show«. »Nach allem muss ich annehmen, dass sie die Akten schnell schließen wollen«, sagte Anwältin Beate Böhler am Montag gegenüber jW. Gabriele Heinecke, die Jallohs Bruder vertritt, erklärte, es gehe der Staatsanwaltschaft wohl darum, die Selbstmordthese, auf der sie seit 2005 beharrt, zu rechtfertigen. Dabei hätten Sachverständige diese längst widerlegt. »Der Kern des Problems ist, dass Oury Jalloh gar kein Feuerzeug hatte«, so Heinecke.

Fest steht: 2012 hatten vom Landgericht Magdeburg auf Druck der Nebenklage beauftragte Gutachter den Feuerzeugrest, der drei Tage nach dem Brand in einer Asservatentüte aufgetaucht sein soll, erstmals komplett untersucht.

Dabei fanden sie zwar eingeschmolzene Textilfasern. Diese stammten jedoch weder von der feuerfest umhüllten Matratze, auf der Jalloh lag, noch von seiner Kleidung.

Es wurden auch keine DNA-Spuren des Opfers gefunden. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg bestätigte dies 2014. Unversehrte auf verkohlten Fasern deuteten zudem auf Manipulation hin. Daraus folgte Ende 2015 der britische Brandexperte, Gerichtsmediziner und Biologe Iain Peck: Es sei ausgeschlossen, dass sich Jalloh damit angezündet habe.

Dem habe die Staatsanwaltschaft nie widersprochen, betonte Heinecke. Trotzdem ignoriere sie stoisch, dass folglich Polizisten das Feuer gelegt haben müssten. »Wenn jetzt suggeriert wird, ein neuer Brandversuch könne weitere Aufklärung bringen, werde ich das als Inszenierung zur Ablenkung von den seit Jahren dringend zu klärenden Fragen.« Die öffentliche Vorführung habe Staatsanwalt Braun Jallohs nicht mit ihnen oder Jallohs Angehörigen abgesprochen, wie es vereinbart worden sei. Das wundert selbst den Sprecher der Generalstaatsanwalt Sachsen-Anhalt, Klaus Tewes: »In einem Ermittlungsverfahren ist es nicht üblich, die Presse einzuladen«, sagte er am Montag zu jW.

Die Anwältinnen würden seit langem nur spärlich informiert. Erst am 26. Juli habe Braun sie von dem Versuch in Kenntnis gesetzt – zu spät für Heinecke, einen Auslandsaufenthalt abzusagen, und für beide, sich sinnvoll vorzubereiten. Über Aufbau und Zielsetzung des Versuchs habe sie auch niemand unterrichtet. So beantragte Heinecke am 1. August Akteneinsicht und die Verschiebung des Versuchs, »damit eine qualifizierte Vorbereitung stattfinden kann«. Der Behördenleiter, Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, habe den Antrag als »spekulative Mutmaßung« bezeichnet, auf den er nicht eingehen werde. Tags darauf lud Staatsanwalt Braun die Medien ein.

In einer Mitteilung vom 11. August widersprach Braun den Vorwürfen. Den Anwältinnen sei »seit über einem Jahr« bekannt, welcher Sachverständige mit dem Versuch beauftragt würde. In der Tat gibt es ein Vorgutachten von Zollinger vom 17. Dezember 2015. Aus diesem geht allerdings nicht hervor, ob und wann es einen Versuch geben soll. Entgegen Brauns Darstellung ging auch Rechtsanwältin Heinecke am 1. März detailliert darauf ein. Sie begründete Zweifel an der Methodik Zollingers. Weder die Staatsanwaltschaft noch Zollinger hätten darauf reagiert. Ebenso sei ein Katalog mit offenen Fragen vom September 2015 unbeantwortet geblieben.

Fraglich ist auch, warum die Staatsanwaltschaft ein Vorgutachten des Instituts für Rechtsmedizin Würzburg vom 24. Februar 2015 in allen jW vorliegenden nachfolgenden Dokumenten außer acht lässt. Die Experten Michael Bohnert und Gerold Kauert konstatieren darin, dass die Entzündung durch Dritte mit einem Brandbeschleuniger am ehesten der Auffindesituation der Leiche entspreche. Zu einer abschließenden Expertise kam es nie. Kauert bestätigte am Montag auf jW-Nachfrage, keine weiteren Aufträge erhalten zu haben.